

Halle'sche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1914. Nr. 76.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 207.

Wegenspreiz für Halle und Korsett 2,50 RT. durch die Post bezogen 2 RT. für das Vierteljahr. Die Halle'sche Zeitung erscheint wöchentlich zweimal. — Gratiis-Beilagen: Halle'scher Anzeiger (tägl. Neuigkeiten), 24. Unterhaltungsblatt (Sonntagsheft), Landw. Mitteilungen, Illustrierte Arbeiterzeitschrift, Halle'sche Provinzialblätter, Arbeiterbeilage (für die junge Welt).

Zweite Ausgabe

Abgabegebühren für die halbesche Provinzialblätter oder deren Raum für Halle und den Kreis 20 Pfennig, außerhalb 30 Pfennig. — Bestellungen an Halle'sche Zeitung zu den bekannten Abonnementspreisen.

Wohlfühlstelle in Halle (Saale): Veitinger Straße Nr. 61/62. Fernruf 8108 u. 8109; Redaktionsfernruf 8110. Geschäftsleitung Dr. Brauner-Strömberg Halle (Saale).

Sonnabend, 14. Februar 1914.

Wohlfühlstelle in Berlin: Bernburger Straße 30. Fernruf Amt Kurirtel Nr. 6290. Druck und Verlag von Otto Crelitz, Halle (Saale).

Der russische Ministerwechsel und wir.

In der Beurteilung Rußlands schwanke unsere öffentliche Meinung fortgesetzt. Einmal ist es der riesenhafte Koloss, der sich demnach auf uns stützen wird, ein anderes Mal das bekümmerte Nachbarreich, mit dem wir seit den Zeiten des alten Fritz in den besten Beziehungen leben und das der Hauptabnehmer unserer Waren ist. „Halte Freundschaft mit Rußland!“ lautete das letzte, halbgeflügelte Vermächtnis des alten Kaisers an seiner Enkel, unseren jetzigen Herrscher. Das ist eine der wichtigsten Richtlinien für unsere auswärtige Politik; aber ihr Innenhalten wird uns zuweilen sehr schwer gemacht. Das Rußland Stolypins und Skotowichs hat auch in kritischen Tagen Frieden mit uns gehalten. Aber es hat sein Selbstbewußtsein, das sich auf die erdrückende Ländermasse und auf die 160 Millionen Einwohner stützt, oft in sehr schroffer Form uns gegenüber zum Ausdruck gebracht. Noch zuletzt in der Frage der deutschen Militärmission für die Türkei. Auch haben wir häufig als Mittel zum Zweck dienen müssen; man tat in Petersburg freundlich mit uns, um Frankreichs Eiferlucht zu reizen und die Deutschen an der Seine dann nach der Verjährung doppelt zu schädigen. Auch Skotowich, der jetzt noch dreijähriger Ministerpräsident sein Amt verläßt, hat diese Kunst wiederholt geübt.

Ob wir durch den Ministerwechsel in Rußland verlieren oder gewinnen, läßt sich schwer sagen. Vermutlich bleibt alles beim alten, das heißt, es wird national-russische Politik getrieben, die man wieder als deutschfreundlich noch als deutschfeindlich bezeichnen kann; man hält Frieden, weil es so das Beste für das Vaterland ist, aber man ist für jede Kombination zu haben, die gegen Deutschland gerichtet ist. Skotowich scheidet nicht aus dem Geschäftskreis der europäischen Diplomatie. Er soll, wie es heißt, Vorkäufer in Paris werden, während Zwolowski von dort nach London gehen würde. Bei uns wäre etwas dergleichen undenkbar. Ein verabschiedeter Reichskanzler kann allenfalls Statthalter in Elsaß-Lothringen werden, als welcher er dem Kaiser direkt untersteht, aber nicht Vorkäufer, denn dann würde er Untergebener seines Nachfolgers. In Rußland dagegen ist der Ministerpräsident nicht leitender Staatsmann, sondern nur Vorsitzender des Ministerrates, also der Gesamtheit seiner Kollegen, die Mehrheitsbeschlüsse fassen. Ansofern mag manche Unfreundlichkeit, die wir in den letzten Jahren von Rußland erfahren haben, nicht auf Skotowichs persönliche Rechnung zu schreiben sein. Er gehörte zu den wenigen Rüssen, die einer Politik der Gewalttätigkeit widerstreben und der Ansicht waren, daß man in dem Vaterland noch auf Menschenalter hinaus mit dem wirtschaftlichen Aufbau, der finanziellen Gesundung, den sozialen Reformen genug zu tun habe.

Es ist ein ganz sympathischer Gedanke, einen solchen Mann fortan in Paris zu wissen, denn Zwolowski's dortiges Wirken konnte uns nachherade nervös machen. Paris ist in den letzten Jahren das Zentrum aller Verleumdungskampagnen wider Deutschland und die deutsche Politik geworden. Es handelt sich da um eine bestimmte Diplomatenclique, zu der die beiden Brüder Cambon aus Frankreich und vor allem der frühere englische Vorkäufer in Wien, Cartwright, gehören, eine Clique, die mit der „Energie française“, dem Londoner Balkankomitee und ähnlichen aggressiven Vereinigungen in Verbindung steht. Die Besserung an dieser Stelle könnte freilich durch eine Versöhnlichmachung in den Petersburger Personalverhältnissen für uns wieder aufgehoben werden. Der neue Mann, Gorenkyin, der schon zur Zeit der zweiten Duma einige Monate lang Ministerpräsident war, gilt als Vertrauensmann der russischen Nationalisten und der Rechten in der Duma. Unter diesen Reuten befinden sich viel Kritiker, die Deutschland aufrichtig schätzen, aber ebensoviel aufrichtige Gasser Oesterreich-Ungarns. Die Zukunft dirgt also reichen Konfliktstoff, und unsere Staatsmänner werden die Augen aufpassen müssen, damit es überhaupt möglich bleibt, das Vermächtnis Kaiser Wilhelms I. durchzuführen zu können, ohne unsere eigenen Interessen zu schädigen.

Deutsches Reich.

Ueber das Schreiben des Cardinals Sopp

an den Grafen Appersdorf, führte in diesen Tagen ein Mitarbeiter in der „Germania“ aus:

Sollte denn in diesen Kreisen (denen der christlichen Gewerkschaften) nicht bekannt geworden sein, daß die Enghilfs-Akte des Reichstages vom 24. November 1912 in Rom sehr befreundet hat, und daß man besonders in Folge des fortgehenden Streites und des Kaiser Prozesses sich dort veranlaßt sah, die Enghilfsfrage klarzustellen? Um das zu erreichen, hat wie ich von zuverlässiger römischer Seite erfahren, das päpstliche Staatssekretariat dem Kardinal Sopp den Wunsch ausgedrückt, seinen langjährig vollzogenen Missionen für den Enghilfs-Interpretation auch öffentlich kundzugeben. Diejenige Ansicht hat der Kardinal nun so bereitwillig nachkommen können, als er die Interpretation schon längst als wirkungslos und verwirrend erkannt hat. Das ist das Mittel, ebenso einfache wie zweifelhafte Lösung.

Zur Wirkung des Generalparabons.

Der Landrat des Kreises Jena hat dem „Gau. Cour.“ zufolge nachstehende Bekanntmachung veröffentlicht:

„Die oberflächliche Durchsicht der Wehrsteuererklärungen hat ergeben, daß in diesem Jahre annähernd das Doppelte des bisher überhaupt besteuerten Kapitalvermögens deklariert worden ist. Ueber drei Millionen Mark waren bisher im Reichs-Kreis Jena der Besteuerung entgangen. Es besteht der dringende Verdacht, daß noch erheblich mehr Kapitalvermögen vorhanden ist. Zudem ist nochmals ganz besonders auf die Bestimmungen des sogenannten Generalparabons hinzuweisen, welche ich bekannt, weil auch nach Abgabe der Wehrsteuererklärungen, bis zur Veranlagung der diesjährigen Veranlagung, bestehende Güter hinsichtlich der Höhe des vorhandenen Vermögens entgegen genommen und Strafe und Nachsteuer nicht festgesetzt werden. Später bekannt werdende Steuerhinterziehungen fallen aber unter die straflos behandelten Strafrechtvergehen und werden unmaßstäblich verfolgt werden.“

Wohlgemeint, es handelt sich um mobiles Kapital, das auch in länderlichen Kreisen ebenfalls nicht in erster Linie im Besitze von Landwirten zu sein pflegt.

Uebrigens teilte Unterstaatssekretär Köhler im reichslandischen Landtage als charakteristisches Einzelbeispiel mit, daß eine bisher auf 4000 Mark rente lautende Steuererklärung zur Landbesitzsteuer plötzlich auf 32000 Mark aufgetrieben sei.

Der Handelsminister zur Frage der Dienstboten-Krankenversicherung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ veröffentlichte einen Erlaß des Handelsministers Dr. Sydow an die sämtlichen Oberverversicherungsämter in der Frage der Krankenversicherung der Dienstboten, in dem es heißt:

„Bei Entscheidung über Anträge auf Befreiung von Dienstboten von der Versicherungspflicht (§§ 485, 418 Abs. 2) ist davon auszugehen, daß das Gesetz dem Dienstboten bei Erfüllung der gesetzlichen Voraussetzungen einen Rechtsanspruch auf Gewährung des Antrages verleiht, der nicht durch eine mit der Befreiung des Gehaltnehmers unvereinbare Verbindung und Verbindung der gesetzlichen Vorschriften geschildert werden darf. Die Voraussetzungen des § 418 Abs. 2 Nr. 1 der VVO sind auch gegeben, wenn der Antragsteller bei einer Versicherungsgesellschaft, einem Dienstbotennachkommensverein oder einer ähnlichen Einrichtung Absicherungsgenossen hat, sofern er den Versicherungszweig aus eigenen Mitteln deckt. Den an die Leistungsfähigkeit des Dienstbotens zu stellenden Anforderungen sind nicht die höchsten Ansprüche zugrunde zu legen, die man ihnen unter äußeren selten eintretenden Voraussetzungen stellen werden können, sondern Unterhaltungsbedürfnisse, die zwar schwerer Art sind, aber doch hiezu vorzukommen pflegen. Eine allgemeine Norm dafür, bei welchem Einkommen die Leistungsfähigkeit des Antragstellers genügend gegeben ist, läßt sich nicht aufstellen, weil diese Frage nach Lage der einzelnen Fälle beantwortet werden muß. Eine von dem Antragsteller nachgewiesene Mißbräucherleistung muß bei der Beurteilung seiner Leistungsfähigkeit berücksichtigt werden. Wenn ein Antragsteller bei einer zulässigen Versicherungsgesellschaft, welche die gleichen Leistungen wie die Krankenversicherung gewährt, versichert ist, so ist er bei der Regel nicht rechtskräftig, außerdem hinsichtlich der Höhe seines Einkommens oder Vermögens weitgehende Anforderungen zu stellen. Einem Antragsteller, der seine Leistungsfähigkeit sonst nicht darzulegen vermag, kann die Stellung einer Sicherkeitsversicherung werden, bei deren Befreiung aber nicht über den Betrag hinausgegangen werden darf, der zur Sicherstellung der Krankenkosten unbedingt erforderlich ist. Handelt es sich um eine Wehrzahl auf freierem Dienstboten, so ist der auf jeden von ihnen zu berechnende Sicherheitsbetrag entsprechend der bei gleichem Alter Anzahl eintretenden Entbehrung des Risikos berechnung.“

Die Haltung des Antiliberalismus.

In wenigen Tagen wird in Berlin die Stichwahl zwischen dem Konserativen und dem Sozialdemokraten entschieden. Wesentlich wird hierbei die Haltung der liberalen Wähler sein, von deren Eintreten für oder wider den Sozialdemokraten es abhängen wird, wie sich im Reichstage die Mehrheitsverhältnisse gestalten werden. Zwar wird kein völliger Wandel eintreten, aber eine Unterliegung des Sozialdemokraten durch die Liberalen würde die Mehrheitsverhältnisse noch unangeneher machen. Das folgende

Organ der demokratischen Linken gibt nun jetzt schon die Parole aus, daß die Wähler, die für den Fortschrittskandidaten gestimmt haben, in der Stichwahl für den Sozialdemokraten eintreten müßten. Man will offenbar auf die Parteileitung einwirken. Auch die „Saalezeitung“ vertritt die durch den Hinweis auf das Stichwahlergebnis zum lippschen Landtag. Es wird schlafend behauptet, die konervative Partei habe die Parole zur Unterliegung des Sozialdemokraten ausgegeben. Das halten wir für unmöglich. Die Leitung der konserativen Partei denkt gar nicht daran, wie die der Liberalen, sich zur Selbstzerföpfung der Sozialdemokratie zu machen. Das hat sie auch am 12. in der „G.“ erklärt. Man sieht aber wieder, den Liberalen sind alle Mittel recht. Die fortschrittliche Partei hat es durch ihre Haltung in Berlin selbst in der Hand, ihr bei der Hauptwahl verloren gegangenes Ansehen zu heben, wenn sie den Sieg des nationalen Kandidaten herbeiführen hilft. Tut sie das nicht, zeigt sie sich als Helferin des Unfortunes, dann dürfte sie mit ihrem Ansehen auf dem Lande vorbei sein, dann dürfte sich wieder einmal die Wahrheit des Bismarckschen Wortes von der „Vorfrucht der Sozialdemokratie“ bestätigen haben.

Die Statistik der Arbeitervereine.

Die im 8. Sonderheft zum Reichs-Arbeitsblatt veröffentlichte Statistik der Arbeitervereine, Angehörigen und Arbeiterverbände für Ende 1912 ergibt, daß die freien Gewerkschaften mit 2 833 000, die christlichen mit 351 000, die deutschen Gewerksvereine mit 109 000, die unabhägigen mit 815 000, die wirtschafts-friedlichen mit 234 000 und die konfessionellen Arbeitervereine mit 785 000 Mitglieder Ende 1912 aufzählten.

Keinere politische Nachrichten.

* In der Frage der Bagdadbahn sind, wie das Neueste Bureau aus London meldet, die Hauptpunkte zwischen Deutschland und England geregelt, ebenso die frankreich'schen Interessen berührenden Hauptfragen. Es bleiben nur noch Einzelheiten zu regeln.

* Der Marinehaushalt im Reichstagsauschuss. Der Haushaltsausschuss des Reichstages setzte am Donnerstag die Beratung des Marinehaushalts fort bei der Forderung für die Fährfahrverbesserung in der Rabe, in Höhe von 6 Millionen Mark im ganzen und einer ersten Rate von 1,2 Millionen Mark. Die Forderung für die Rente auf den kaiserlichen Werften, die Arbeitererhaltung, das Torpedowesen und die Garnisonverwaltung werden bewilligt, dagegen wird die Forderung für ein Offiziersleben in Kiel abgelehnt. — Eine längere Erwiderung knüpfte sich an die Denkschrift über die Wiederbelebung der Luftfahrt in der Bundesführung in den Reichsminister, Ministerialdirektor Herz wendet sich gegen die Behauptung, daß der Rechnungshof eine Schuld treffe. Nach eingehenden Verhandlungen sei man zu der Ueberzeugung gelangt, daß die kaufmännische Buchführung für den Reichsbetrieb nicht passe. Im übrigen sind die Äußerungen der Sachverständigen nicht gelassen, die einbestimmte Urteil des Rechnungshofes nicht nach sich ziehen. Ein Nationalabgeordneter legt das Scherzgedicht auf die Forderung einer praktischen Bundesführung. Neben Tag müsse der tatsächliche Vergleich zwischen Kassee und Kassenaufzeichnung gezogen werden. Der Berichterstatter wünscht die kaufmännische Ausbildung der Beamten. Von Reichsminister Herz sagt möglichst die Berücksichtigung der geäußerten Wünsche zu.

* Der Präsident des Rechnungshofes des Deutschen Reiches, Ministerialdirektor Max v. Magdeburg, wird, wie wir hören, demnach in den Ruhestand treten.

Der Kampf um Homerule.

Mit der Eröffnung des englischen Parlaments beginnt eine neue Phase in dem Kampf um Homerule, vielleicht die letzte, sicherlich aber die schwerste und die entscheidende. Die „Berliner Politischen Nachrichten“ führen hierzu aus: „In ersten Worten der König in seiner Rede die freiziehenden Parteien zum Frieden gemacht, damit das Land nicht in förmere Wirren verwickelt werde. Es hat aber nicht den Anschein, als ob diese Mahnung Beherzigung finden wird, denn die Erbitterung in den feindlichen Lagern der Homerulers und der Gegenhomerulers ist nur noch stärker geworden. Bei den Unterleuten heißt es heute vorwegener denn je, Abrennung von dem Gesez oder Bürgerkrieg, und daß das keine leere Phrase ist, zeigen die kriegerischen Vorbereitungen der gemäßigten Armee, von jetzt zur Wehrmacht genommenen Ulster-Volunteer-Förre und die gerade in letzter Zeit außerordentlich stark betriebene Waffeneinfuhr in die Provinz. Die so lange bedrohten Einwohner dieses protestantischen Bezirks der sonst katholischen Provinz Ulster sind zu Generalitätsgesellen, um Rebellion gegen England's Truppenmacht bereizt, um ihre Rechte und ihre Sonderstellung zu wahren, die auf dem Unterchied der Konfessionen und vor allem auf ihrem wirtschaftlichen Uebergewicht beruht. Nicht um Haarsbreite wird die Drangemein und die Unionisten von ihrem bisher vertretenen Standpunkt in der Homerule und Ulsterfrage abgewichen. Bei der Redebehalte im Unterhause wurde von den Unionisten mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß für England schwierige Zeiten hereinbrechen müßten, wenn nicht entweder den Unterleuten die erforderlichen Zuge-

fürmisse gemacht oder das Land nochmals durch Ausschreibung von Neuwahlen um seine Meinung befragt würde. Gegen das letztere fräunt sich die liberale Regierung natürlich mit Händen und Füßen; zu Verhandlungen über die Ulsterfrage aber scheint sie bereit zu sein. Es ist allerdings darüber seit geraumer Zeit schon so viel verhandelt worden, daß man den weiteren Verläufen, ein Kompromiß zu erzielen, nur mit Zweifeln folgen darf, zumal die abwartende Haltung der Regierung bisher nur den Ulsterleuten und ihren Anhängern den Mut zur Opposition gesichert hat. Das ging sehr deutlich aus der Rede ihres Führers Sir Edward Carson hervor, der in seiner Antwort auf die Ausführungen Aubriquets der Regierung höflich zurief, wenn sie Ulster haben wolle, so solle sie hingehen und es gewinnen. Dieser Ansicht charakterisiert in der Tat die Lage vollkommen. Besteht die Regierung und die Parlementsmitglieder auf der gegenwärtigen Form der Home-Rule-Bill, so muß bei der Durchsührung des Gesetzes sicherlich erst Ulster erobert werden. Denn es ist heute keine Frage mehr, daß die kriegerischen Vorbereitungen in dieser Provinz kein stillstehen, sondern bitterer Ernst, und daß die Ulsterbevölkerung durch die endlose Aufreizung sich in einem Gemütszustande befindet, der für die Zukunft nichts Gutes erhoffen läßt. Mit dem trotztesten Aubriquets Satz: „see and wait“ kommt die so löcherige Frage ihrer Lösung keinen Schritt näher. Zum Ausschreiben und Abwarten ist jetzt keine Zeit mehr; die Regierung wird sich also darüber klar werden müssen, daß etwas geschehen muß. Aber was — und mit welchem Erfolge?

Ausland.

Der Prinz zu Wied in Wien.

Nach Verlassen des Zuges begab sich der Prinz mit Oberst Wiesel in dem bereitgestellten Sofawagen nach dem „Hotel Imperial“, wo er als Gast des Kaisers Wohnung nimmt. Die Mütter begrüßen den Prinzen zu Wied mit aufrichtiger Sympathie. Sie weichen darauf hin, daß den Prinzen eine schwere Aufgabe erwarte, und wünschen, daß ihm seine Mission, Albanien auf dem Wege des Fortschritts einer glücklichen Zukunft entgegenzuführen, in vollstem Maße gelingen möge.

Der Prinz zu Wied erhielt um 5 1/2 Uhr in den Privatgemächern des Kaisers in Schönbrunn ein Audienz und blieb bis 6 Uhr. — Am Anschluß an die Audienz fand beim Kaiser G. Saffel statt, an der er erschienen waren: der Prinz zu Wied mit Kapitän Armstrong und Oberst Wiesel, der deutsche Botschafter von Tschirsch und Wogendörff, Graf Berchthold u. a. m.

Der Kaiser Franz Josef hat dem Prinzen zu Wied das Großkreuz des Leopoldordens verliehen. — Gestern fand beim Minister des Aeußeren zu Ehren des Prinzen zu Wied ein Frühstück statt.

Wie die Korrespondenz „Austria“ erfährt, stattete der Prinz zu Wied dem päpstlichen Nuntius einen Besuch ab.

Der Kronprinz von Griechenland

wird sich zwei Tage in Belgrad aufhalten. Der griechische Gesandte gab um ein Uhr zu Ehren des Kronprinzen ein Frühstück. Der König empfing gestern den Kronprinzen von Griechenland. Dem griechischen Ministerpräsidenten Benizelos hat der König seine Photographie verliehen.

Ministerpräsident Benizelos

ist gestern im Winternacht nach Athen abgereist, von wo er über Saloniki nach Athen zurückkehren wird. Ministerpräsident Benizelos und die Mitglieder des Kabinetts verabieden sich von Benizelos auf dem Bahnhof.

Neuer die Vermächtnisse einer neuen Balkanallianz

mit Einschluß Rumaniens schreibt „Univerbal“ aus Bukarest: Jedem, der mit Aufmerksamkeit die rumänische auswärtige Politik in der letzten Zeit verfolgt, ist es klar, daß von einem solchen Bündnis keine Rede sein kann. Die Politik der freien Hand hat Rumaniens die größten Erfolge gebracht. Sie kann ohne ernsthafte Gründe nicht aufgegeben werden. Es ist aber natürlich, daß eine freundschaftliche Verständigung über bestimmte gemeinsame Ziele, wie die Wiederherstellung des Balkanfriedens, besteht. Dies vor Gegenstand der Besprechungen der Balkanallianzminister mit dem neuen rumänischen Ministerium. An ein Bündnis denkt Rumänien nicht, gewiß aber an eine Verständigung und eine gemeinsame Vorgehensweise. Hierzu bedarf es innerlicher formeller Verträge und Abmachungen, denn diese ist in der unerschütterlichen Gemeinschaft der Interessen gesichert.

Bulgarisch-türkischer Konfliktstoff

Nach Mitteilungen über die bulgarische Regierung durch ihre Gesandten den Großmächten eine schriftliche Note mitteilen lassen, in der die türkische Regierung erklärt, daß die bulgarisch-türkischen Verhandlungen über einen Handelsvertrag in Konstantinopel als abgebrochen anzusehen seien, weil die bulgarische Regierung die Forderung nach innerhalb acht Tagen die Gewaltthätigkeiten gegen die Romaten beendet sein würden, nicht eingezogen habe. Gleichzeitig teilte die Note mit, daß die Türkei Waren bulgarischer Herkunft mit einem Differentialzoll von 50 Prozent belegen werde, falls die Romatenfrage pünktig Tage nach dem Zusammenritt des bulgarischen Parlamentes nicht gelöst sei. Die bulgarische Regierung verzweifelnd gegen die Forderung der Türkei erhobenen Vorwürfe und erhief ihrerseits gegen die Türkei den Vorwurf, daß diese eine Frage aufwalle, welche gar nicht existiere. In Wiener diplomatischen Kreisen glaubt man, daß die Türkei durch das Zurückweilen der Romatenfrage die öffentliche Meinung des Landes, welche über den Verfall der Negativen Meinung sehr aufgebracht ist, ablenken wolle. Am 25. März läuft die von der Türkei an Bulgarien gestellte Frist ab.

Bulgarien will keine Heimverordnung.

Die „Agence Bulgare“ meldet: Die Mitteilung des Wienerischen Bureaus über die Haltung, die im Falle eines Konfliktes zwischen der Türkei und Griechenland eventuell von den übrigen Balkanmächten Bulgarien gegenüber eingenommen werden soll, hat in den hiesigen politischen Kreisen großes Gerühen hervorgerufen. In diesen Kreisen wird hervorgehoben, daß Bulgarien trotz seiner freundschaftlichen Absichten und Beziehungen niemals erlaubt habe, daß es, soweit seine nationale Politik sowie seine Würde und Unabhängigkeit in Frage kommen, alles über sich ergehen lasse. Bulgarien habe keinerlei aggressiven Absichten. Keine es nicht hinnehmen, daß ihm von ausswärts die Haltung diktiert werde, die es bei etwaigen Ereignissen auf dem Balkan einzunehmen habe.

Zur schwebenden Ministerkrise.

Das „Svenska Telegrammbureau“ ist ermächtigt, folgendes mitzuteilen: „Der Herr Freiherr de Breda hat Delegation erklärt, er habe morgen in der Lage geprüft gefunden, daß die Voraussetzungen, die er für die Bildung eines neuen liberalen Ministeriums für notwendig erachtet hatte, nicht vorhanden sind. Der König hat unmittelbar darauf den Gouverneur Samartia sich zu sich rufen lassen und ihm angeboten, das Ministerium zu bilden. Samartia hat mit Rücksicht auf die Lage, die durch die Weigerung der Linken des Reichstages an der Bildung eines Ministeriums mitzuwirken, entstanden ist, dem König geraten, sich an die Rechte des Reichstages wegen der Bildung eines Ministeriums zu wenden. Der König hat jedoch den Gouverneur Samartia erwidert, die Frage von neuem in Erwägung zu ziehen.“

Die französische Kammer über die Truppenkrankungen im Osten.

Die französische Kammer verhandelte über die Interpellationen betreffen den Gesundheitszustand der Truppen im Osten. Dr. Cahouad ludte an Hand statistischen Materials nachzuweisen, daß nach Einführung eines neuen Militärgesetzes stets bei der Truppe Epidemien vorkommen seien, namentlich bei den Soldaten des ersten Reservebataillon, welches im Januar die Kaserne in 76 Garnisonen besetzte, besonders in Espinal, Nancy, St. Die, das Schlarfrankfurter in 60 Garnisonen, das an den Kasernen 31, an Schlarfrankfurter 24, an der Gendarmerie 20 und an anderen Krankheiten auch noch eine Anzahl Soldaten starben; übrigens sei auch der Winter außerordentlich hart gewesen.

Dermisches.

Bei der Schäffermahlzeit in Bremen.

die in alterwürdiger Weise vertriebt, brachte Lobdirektor Nach der Kaiserhoch aus. Nach den vorchristlichen Reden der Schaffer brachte Staatsminister A. v. Bonin die Schlüsse in humorvoller Weise auf die alten Schiffsbesitzer der Handelsstadt an. Die Kaiserhoch wurde im Januar von Kaiser und Kaiserin besucht, erob sich Prinz Heinrich von Preußen und äußerte sich ungefähr wie folgt:

„Mir ist der ehrenvolle Auftrag geworden, dem Vorratner zu danken für die Worte, die Sie über die hier geschickte hat. Es ist sehrbedauerlich, daß Meer und Marine für ein mackvolles deutsches Reich eine Notwendigkeit geworden sind. Ein Blick auf die Vergangenheit, und namentlich auf die jüngste Vergangenheit, lehrt uns, daß wenn Meer und Flotte nicht erloschen, Deutschland nicht im Januar Tafel sitzen würde. Es ist auch von Opferfreudigkeit gesprochen worden. Dieses kann man nur freudig begrüßen. In der Tat ist ein freier Zug durch das deutsche Volk gegangen, um sein laibliches Meer zu verlihren. Doch es im Falle keine Pflicht und Schönheit um mich, brauche ich nicht erst zu sagen; aber wie das deutsche Volk auf sein Meer und seine Kriegsmarine mit Recht stolz ist, so kann es auch mit Recht stolz sein auf seine Handelsmarine. Und was der deutsche Seemann zu leisten imstande ist, davon weiß der Welt nicht so viel, wie es Ihnen, dem Reichstag, bekannt ist. Sie sind die Herren der See. Sie sind die Herren der See.“

„Nach der Majestät begab sich Prinz Heinrich von Preußen wieder in sein Hotel zurück, wo er übernachtet wird.“

Graf Hoffmann.

Der „Nordkreis“ trägt seine Feiern ein neues „Schermott“ des Zweigebietes an. Er weiß folgendes zu erzählen: Von einem Mitglied des Büros des preussischen Abgeordnetenkauses wurde Genosse Adolf Hoffmann erwidert, sich mit seinem neugewählten Fraktionskollegen Paul Hoffmann doch darüber zu verständigen, wie Hoffmann I und der Hoffmann II sein soll, da es nicht möglich ist, Hoffmann durch den Namen zu unterscheiden. Der letztgenannte Adolf Hoffmann antwortete: „Mir, mit der Differenz wie die Auskunftsschwangeren, das ist nicht so unklar; aber Sie ham doch Beziehungen bei S. M. — vielleicht können Sie mir da'n 'Traffenfall' verschaffen?“

Aus dem Ueberzeugungsmessgebiet.

Das Remen „Dempffert“ meldet: Dem auf dem Kriemisch-Etrome arbeitenden Demppert ist es heute gelungen, die Memmündung frei zu machen und bis Riß vorzubringen, so daß der Strom nunmehr von Riß bis zur Mündung eisfrei ist und der Wasserstand weiter sinkt. Auf der Westseite des Rißchen Straßes drängen sich infolge des Stimmens große Massen von Eis in die Mündung des Rißes, wo die Stromerweiterer sehr nachdrücklich in Benutzung angenommen. Sie werden sich morgen auf das Heff hinausbewegen.

Ein neuer Schnellzug nach Tiro.

Die Einführung eines neuen Schnellzuges von Deutschland über München nach Tiro, Salzburg und Barmen ist in der letzten Konferenz für Verkehrsangelegenheiten in Innsbruck beschlossen worden. Der neue Schnellzug soll von Hamburg über Bremen, Hannover nach München geführt werden, dort wird ein Teil über Salzburg und die Tauernbahn nach Villach, der andere über Rosenheim und den Brenner nach Sigmaringen geleitet. Der neue Zug, sowie eine Verlegung der Brennerlinie und der Tauernbahn, ist im Laufe der letzten Woche vom Reichstag genehmigt worden. Der neue Schnellzug soll bis zum 1. Mai mit dem neuen Sommerfahrplan in Betrieb gesetzt werden.

Schiffszusammenstoß im Kaiser-Wilhelm-Kanal.

Im Kaiser-Wilhelm-Kanal lief gestern der Dampfer „Bachur“ von der Reppin-Station in Bremen mit dem

Dampfer „Sildogard“ aus Burg (Stettinmerse) zusammen. „Sildogard“ wurde fast bedingt und fast später. Zwei Mann des gemeinsamen Dampfers sind bei dem Unfall ertrunken.

Die Kaiserin hat gestern Frau v. Weismann Solwege einen Besuch abstatet.

Prinz Alois zu Schaumburg-Lippe, der zur Kur in Karlsbad weilte, ist an Blinddarmentzündung erkrankt. Er wurde im Kranienhause zu Komolau operiert. Die Operation ist glücklich verlaufen.

Drei Schulmädchen aus Trobes erkranken beim Betreten eines Bahnhofsanges von einer Sotomoihe und gestirb.

Kunst und Wissenschaft.

Zu neuen Mitgliefern der Academie Francaise wurden gewählt: der Damaliker Alfred Capus, der Giotiker Pierre de la Horce und der Philosoph Max Bergson.

Sportnachrichten.

Luffahrt.

— Ballon „Beibig II“ glatt gelandet. Nach einem bei Ritterfeldt herein für Luftfahrt eingegangenen Telegramm ist der Ballon „Beibig II“ gestern nachmittag 2 Uhr bei Ritterfeldt (Gronung Bernland-Schweben) glatt gelandet. Die zurückgelegte Strecke beträgt von Ritterfeldt 1000 Kilometer Luftlinie.

Aus Halle und Umgebung.

— Der Faustballspiel der hiesigen Hiesigerturnhalle zu Halle. Zum ersten Male liegt ein Faustballspiel der neu-geschaffenen hiesigen Hiesigerturnhalle zu Halle dem Schlichter und Hiesiger vor. Daraus geht hervor, daß man mit einer Einnahme von 84 900 M. rechnet; dem steht aus einer Ausgabe von 84 900 M. gegenüber, darunter 84 900 M. für Reinigung und Ablagerung des für die Hiesigerturnhalle aufzubehaltenden Kapitals in Höhe von 600 000 M. Die Hiesigerturnhalle wird hier hergestellt, erfordert also einen Zuschuß aus der Staatskasse.

Der herein ehemaliger Angehöriger des Kaiserlichen Reichsartillerie-Regiments Nr. 75 hat heute abend 8 1/2 Uhr seine Monatsversammlung im Restaurant „Schulzeis“, Poststraße 5, abgehalten.

Letzte Telegramme.

Initiativanträge im Reichstag und Reichstagsausschuß.
Berlin, 14. Febr. Am Reichstage ist, wie der „Reichsanzeiger“ hört, von sämtlichen bürgerlichen Parteien ein Initiativantrag eingebracht worden, in dem eine gesetzliche Regelung des Verfahrens mit Mitteln zur Verminderung der Geburten gefordert wird.

Für Mittwoch nächster Woche ist der Reichstagsausschuß zur Beratung der von freimüthiger und erklärlicher Seite eingebrachten Initiativanträge über das Recht des miltärischen Waffengebrauchs in Friedenszeiten einzuberufen worden. Es heißt, das Kriegsministerium habe keine Bereitwilligkeit zu erkennen gegeben, sich an der Verhandlung zu beteiligen.

Ein Stadion für Düsseldorf.
Düsseldorf, 14. Febr. Nach dem Vorbilde desjenigen in Stockholm soll hier ein Stadion errichtet werden.

Griechische Verhandlung gegen den früheren Leiter der Frauenklub in Kiofos.
Athen, 14. Febr. In der nächsten Tagung findet die Verhandlung gegen Professor Stasas, den früheren Leiter der Universitäts-Frauenklub, wegen Verleumdung statt. Nach seinem Ausbleiben aus dem Amte wurde ihm die Pension verweigert. Mit der Anklage gegen ihn in gerichtlichen Verfahren zu bringen, schrieb der Professor seine Versäheren, welche seine hiesige Studien gegen verschiedene Professoren und Beamte der Universität enthielt.

Die Note der Mächte betreffend die Negativen Inseln an Griechenland.
Athen, 14. Febr. Die Gesandten der Großmächte überreichen gestern der griechischen Regierung die gemeinsame Note über die Negativen Inseln und die Grenze Süd-albanens. In der Note heißt es: „Die sechs Großmächte beschließen, Griechenland die von ihm besetzten Inseln mit Ausnahme von Zenedos, Imros und Gollidhoro zu überlassen. Die Zueweisung der Inseln an Griechenland wird erst dann endlich sein, wenn die griechischen Truppen das Albanien anzureichende Gebiet geräumt haben. Die Klärung muß bis zum 31. März beendet sein.“

Raubmord.

Paris, 14. Febr. In Paris wurden ein Raubverbrechen und ein Raubmord in ihrer Blau erbracht aufgefunden. Die beiden Raubmörder waren von zahlreichen Morderfolgern durchbohrt. Alle Thron der Wille waren ertrunken.

Der neue Finanzsekretär im englischen Schatzamt.

London, 14. Febr. Der Unterthatssekretär für Indien Montagu ist an Stelle Watermans zum Finanzsekretär im Schatzamt ernannt worden.

Gründung eines türkischen Luftpostdienstes.

Petersburg, 14. Febr. Die Votermootung will im Frühjahr hier einen regelmäßigen Luftpostdienst eröffnen. Als weiterer Punkt ist die Stadt Konopozt auserselien.

(Wiederholung)

Der Kaiser bei der Berliner Feuerweh.

Berlin, 13. Febr. Heute vormittag 11 Uhr wohnte der Kaiser im Auftrag einer Fortführung der Berliner Feuerweh bei. Es hatten sich u. a. ein General der Polizeibrigade v. Nagow, Oberbürgermeister Bruns, Oberverwalter v. Reitel, sowie mehrere Offiziere der letzten Regimente und Bataillone. Die Kaiserin sah von einem Fenster der ersten Etage aus dem Schauplatz zu, beschleunigte Mitglieder des diplomatischen Korps. Der Kaiser schritt die Front der im Aufgatten aufgestellten Kompanie ab, die Mannschaften mit einem „Guten Morgen!“ begrüßte. Es folgten Leübungen des 2. und 5. Artomobillschuges, zumachen 40 Artomobile, eine Leübung am Dom sowie weitere Vorbürungen und Beschäftigungen. Der Kaiser ließ sich mehrfach eingehende Erklärungen geben. Nach Schluß der Leübung drückte der Kaiser gegenüber den Mannschaften, die sich im Viereck aufgestellt hatten, seine hohe Zufriedenheit über das Gelebene aus, worauf die Mannschaften mit einem dreifachen „Guten Morgen!“ antworteten. Der Kaiser zog dann den Oberbürgermeister in ein Gespräch. Eine Reihe Ordenskonsignationen wurde verliehen.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 13. Februar 1914.

Am Bundesratsstich: Dr. Delbrück, Vizepräsident Dr. Baaske eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 2 Minuten.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst kurze Anfragen.

Abg. Frhr. v. Michthofen (Natl.) fragt, ob der deutsche Regierung von der amerikanischen Regierung Mitteilung gemacht worden ist von der Aufhebung des Verbot der Waffenexporte nach Mexiko, wodurch die dortigen deutschen Interessen infolge Fortdauer der Revolution schwer gefährdet würden?

Abg. Dr. Blund (Fortchr. Wpl.) fragt an, was der Reichskanzler zum Schutz der deutschen Interessen in Mexiko zu tun gedenke?

Unterstaatssekretär Zimmermann: Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika hat uns die Aufhebung des Waffenexportverbots nach Mexiko amtlich mitgeteilt. Sie hat dabei der Übergang Ausdruck gegeben, daß niemand außerhalb Mexikos imstande sei, die Angelegenheiten des Landes zu erörtern, und daß die Wiederherstellung friedlicher Verhältnisse am ehesten zu erhoffen sei, wenn es den freirechtlichen Parteien überlassen bleibe, ihren Willen unter sich auszusprechen. Die Machthaber in der Hauptstadt nur durch beständige Kriegführung in der Lage seien, ihre Herrschaft dem Norden aufzuzwingen, müßte das Waffenexportverbot im Interesse der Unparteilichkeit aufgehoben werden. Der Schutz der deutschen Interessen in Mexiko wird für die Kaiserliche Regierung nach wie vor Gegenstand erster Sorge sein. Als im vergangenen Herbst die Frage sich wieder bedrohlich geltend machte, wurde zunächst das Geschiff "Gertsa" nach Veracruz beordert, wo es bis zum Eintreffen des damaligen Stationsars der amerikanischen Station, des kleinen Kreuzers Bremen verblieb. Außerdem wurde an die mexicanische Botschaft der kleine Kreuzer Nürnberg entsandt. Unsere Kriegsschiffe sollen gefährdetes deutsches Leben und Eigentum wenigstens an der Küste nach Möglichkeit schützen und außerdem im äußersten Notfall den aus dem Innern des Landes flüchtenden Reichsangehörigen eine sichere Zuflucht gewähren. Vor La Paz konnte an diesem Zweck dank dem bereitwilligen Entgegenkommen der Hamburg-Amerika Linie auch deutsche Handelsbaupfer herangezogen werden. Den im Innern des Landes lebenden Deutschen einen unmittelbaren Schutz zu gewähren, ist die Kaiserliche Regierung nach Lage der Dinge zu ihrem lebhaften Bedauern außerstande. Es ist deshalb den an besonders bedrohten Punkten — wie Durango und Torreón — lebenden Deutschen wiederholt der amtliche Rat erteilt worden, gesichertere Orte aufzusuchen. Da einige Familien nicht über die nötigen finanziellen Mittel verfügten, um die Reise anzutreten, sind ihnen von deutscher amtlicher Seite gegen Schuldschein Unterstützungen gewährt worden. Auch hat der Kaiserliche Gesandte in mehreren Fällen amtlich geleitete Expeditionen veranstaltet, um die Flüchtigen in Sicherheit zu bringen. Unschlüssigerseits sind die Verluste an deutschem Leben ein bisher verhältnismäßig geringe. Nicht unerheblich ist dagegen natürlich der angerichtete Vermögensschaden. Es geht uns in dieser Hinsicht nicht schlechter als allen übrigen Nationen. Selbstverständlich wird die mexicanische Regierung für den entstandenen Schaden nach völlerrechtlichen Grundsätzen aufzukommen haben.

Abg. Schulz-Gertrud (Soz.): fragt, ob es sich bei der in Aussicht genommenen Errichtung eines pädagogischen Zentralinstituts um eine Zentralstelle für Frauen oder das Deutsche Reich handelt?

Ministerialdirektor Dr. Dewald: Wenn dieses Institut auch nur ein pädagogisches sein wird, so wird seine Wirksamkeit nicht an die preussischen Grenzen gebunden sein. Abg. Golehorn (Welfe) fragt, weshalb im Kreise Stolzenau (Sannover) die in gefährdeten Vermögensverhältnissen befindlichen Hofbesitzer gezwungen werden, ihre im eigenen Betriebe mitarbeitenden, bei ihnen wohnenden Kinder in den Landkassenlisten zu verzeichnen?

Ministerialdirektor Dr. Caspar: Diese Frage ist bei Schaffung der Reichsversicherungsordnung erörtert worden. Man ging bei Festlegung der Versicherungsspflicht von der Erwägung aus, daß hieraus gegen Anteil in den für den elterlichen Betrieben beschäftigt wurden aufgrund eines Arbeitsvertrages, ob die Versicherungsspflicht gegeben ist, läßt sich nur von Fall zu Fall entscheiden.

Die Anfrage des Abg. Dr. Müller-Meinigen (Fortchr. Wpl.) nach Maßnahmen zur Verhütung der fortgesetzten schweren Unglücksfälle auf dem Flugplatz Sonnensthal, wird wie

Vizepräsident Dr. Baaske mittelst, auf Wunsch der Regierung später beantwortet werden.

Sodann wird die Beratung des Etats des Innern fortgesetzt (19. Tag), und zwar werden zunächst die geftern zurückgestellten Bestimmungen vorgenommen. Das Kapitel Reichsversicherungsamt wird bewilligt und die dazu gestellten Anträge werden angenommen.

Das Kapitel Hygienisch-Technische Reichsanstalt befristete Debatte.

Weim Kapitel

Annalamt

Abg. Reigen (Soz.) über zu lange Arbeitszeit der Arbeiter bei den Kanalbauten, auch reichen die Löhne nicht aus, um den Arbeitern eine einigermaßen angemessene Lebenshaltung zu ermöglichen. Den Arbeitern werden sauer verdiente Überlöhndengelder vorenthalten. Der Nord-Oberkanal folgte ursprünglich nur militärischen Zwecken dienen, jetzt liefert aber der Kaufahrteverkehr einen erheblichen Überschub, deshalb müssen den Schiffsarbeitern, deren Arbeitskraft dadurch erheblich mehr in Anspruch genommen wird, die Arbeitsbedingungen aus diesen Einnahmen heraus verbessert werden.

Abg. Hoff (Fortchr. Wpl.): Der Kaiser Wilhelmkanal sollte zwar zunächst strategischen Zwecken dienen, demnach aber auch den Zwecken des Verkehrs und der Kultur. Urteillich ist es, daß sich dieser Verkehr der Handelschiffe

in aufsteigender Linie befindet. Leider genügt der Kanalbetrieb doch keineswegs dem Bedürfnis liegen oftmals eine große Anzahl Segler Lagen und Wogen lau und warten auf ihre Einfahrt in den Kanal. Statistisch ließen oftmals in Goltow die Schleppdampfer untätig, nur weil es verboten ist, ohne Schlepplage den Kanal zu passieren. Da scheint ein Fehler der Organisation vorhanden zu sein, der die volle Ausnutzung des Kanalmaterials unmöglich macht. Die Gewerbetreibenden in Kiel wünschen eine liberalere Handhabung der Submissionsbedingungen auch seitens der Kanalverwaltung.

Ministerialdirektor v. Jansen: Die Zahl der ausländischen Arbeiter beim Kanalbau ist im Rückgang begriffen; während sie vor einigen Jahren noch 80 Prozent betrug, ist sie jetzt auf 25 Prozent gesunken. Von irgend einer Mangel, wie es Herr Reigen nannte, der Kanalverwaltung gegenüber Arbeitern und Schiffsmannschaften ist keine Rede. Den Unternehmern untreuer ist zur Pflicht zu machen, auskömmliche Löhne zu zahlen, müssen wir deshalb ablehnen, weil wir uns grundsätzlich nicht in das Arbeitsverhältnis einmischen. Der Verkehr im Kanal unterliegt selbstverständlich den verschiedenen Winderhältnissen. Wenn es sich um die Wirtschaftlichkeit von Schleppdampfern bei Brunsbüttel-Unglücksfällen handelt, ergeben haben, so dürfte darin inwiefern schon Hilfe geschaffen worden sein. Bei uns besteht leider kein Schlepplage Monopol, wir legen jetzt jährlich eine halbe Million am Schlepplage zu. Da kann man nicht verlangen, daß wir unter allen Umständen jede beliebige Zahl Schlepper stellen. Wir wollen uns aber bemühen, mit einer neuen Schleppdampferflotte einen Ausweg zu finden.

Abg. Reigen (Soz.): Das eine Gehaltsaufbesserung erfolgt nicht, wohl aber besteht nicht das richtige Verhältnis zwischen der Aufrechterhaltung der Beamten- und der Arbeiterbezahlung. Das die Zahl der ausländischen Arbeiter zurückgegangen ist, liegt daran, daß jetzt überhaupt weniger Arbeiter beschäftigt werden. Ich wende mich gegen die ausländischen Arbeiter nur deshalb, weil die ausländischen Firmen, die diese Arbeiter für das Kanalamt beschäftigen, diese schlechter bezahlen, als die deutschen Arbeiter bezahlt werden.

Abg. Hoff (Fortchr. Wpl.): Den auf der Elbe wartenden Seglern entziehen durch den Mangel an Schleppern wirtschaftliche Schäden, die für die Schiffer kaum durch die Einnahmen des ganzen Jahres auf gemacht werden können. Hierin muß Bedacht genommen werden.

Das Kapitel wird bewilligt.

Vor Eintritt in die Beratung des Kapitels Aufsichtsrat für Privatversicherung

Abg. Giesberts (Str.) namens seiner Partei die Erklärung ab, daß die gefirten Ausführungen seines Vortragsgenossen Hor hinsichtlich des Ausscheidens der auf dem Wege der Selbstversicherung erkrankten Fälle von der Entschädigungspflicht nicht namens der Fraktion gemacht worden seien. Das Zentrum liehe auf dem Standpunkte, daß diese Unfälle als Betriebsunfälle zu entschädigen seien, sofern sie den Arbeiter bei seiner Betriebsfähigkeit trafen. Herr Hor habe lediglich als Vorüber einer Berufsunfähigkeit geiproden. Diese Erklärung sei wichtig, weil sonst der Ansicht erweckt werden könnte, als ob ein Eingriff in schwebende Verfahren vorgenommen werden sollte.

Zu dem zur Debatte stehenden Kapitel selber führt

Abg. Wehl (Soz.) aus: Was mein Freund Bauer ausgeführt hat, hat er in vollem Einverständnis mit der sozialdemokratischen Fraktion gesagt. (Geister.) Die Versicherungspflicht von Privatangehörigen sollte sich wegen der jeweiligen Beschäftigungsart richten, die allgemeine Stellung des Betroffenen sollte ausschlaggebend sein. Ein außerordentliches Uebelstand besteht darin, daß dem Angefallten, der einen Antrag auf Einleitung eines Selbstversicherens stellt, der dritte Teil der Kosten ausfallen muß. Sowann Herr von Kaufmann, wieviel Anträge auf Selbstversicherungen im ersten Verwaltungsjahre gestellt worden ist. Die Verantwortung dieser Frage ist deshalb wichtig, weil schon jetzt die Unternehmer gegen diese Anträge Opposition machen. Die Reichsversicherungsanstalt zieht jährlich 150 Millionen Mark Beiträge ein, das ist ein Betrag, der für die allgemeine Volkswirtschaft der Nation von erheblichem Einfluß ist. Die Anstalt sollte ihren Besitz nicht unzulässig anlegen, sondern sich an private Risiken Geschaften frei halten. Bei Unvorsichtigkeit nimmt sie sogar noch recht erhebliche Abschreibungsprovisionen. Die Beamtenverhältnisse in der Reichsversicherungsanstalt sind völlig ungenügend, mit Unrecht wird den Beamten die Bildung eines Ansehens unmöglich gemacht, die Militäranwärter werden benachteiligt und die Gehälter für niedere Beamte reichen nicht aus.

Ministerialdirektor Dr. Caspar: Die Reichsversicherungsanstalt für Angefallte besitzt das Selbstversicherungsrecht, wir können deshalb nur nachlässig die Entscheidung v. aus über die Angefallten zu erziehen, die Entscheidung über die Verwaltung. Auch die übrigen Klagen des Vortragsgenossen können nicht hier zur Erledigung gebracht werden, sondern im Aufsichtsrat der Anstalt. Ein Drittel der Beamtenbesoldung soll mindestens Militäranwärter sein, weshalb soll es darüber hinaus oder ausgeschlossen sein, lästige Leute anzuustellen, bloß weil sie Militäranwärter sind? In der ersten Zeit der Versicherung werden Überstunden erforderlich, ja selbstverständlich. Doch die räumlichen Verhältnisse in der Versicherungsanstalt nicht ausreichen. Legt daran, daß bei Eintritt des Amtes in alle Fälle Privatversicherer gemietet werden müßten.

Abg. Wollborn (Zentr.): Auch die öffentlichen Versicherungsbetriebe sind über mehrere Bundesstaaten oder Provinzen eines Staates erstreckt, müssen wir, in einer der vorliegenden Resolutionen gefordert wird, der Aufsichtsrat für Privatversicherung unterteilt werden. Den Behörden, Staats- und Gemeindebeamten sowie den Lehrern mit unterstellt werden, ihren amtlichen Einfluß zu Gunsten der Volkswirtschaft geltend zu machen.

Abg. v. Winterfeld-Mentz (Rom.): Es ist erklärlich, daß die Privat-Lebensversicherungen sorgfältig über die Geschäftsmänner ihres Bestehens durch die Volksversicherung. Ansüchliche bedauern auch wir. Die Ziffern, die die Volksversicherung erzeigt hat, sind imponierend und beweisen das Bedürfnis für eine Volks-

versicherung. Private und öffentliche Versicherungen können sehr wohl neben einander bestehen. Die Volksversicherung ist das Werk eines einzigen Mannes, und die Bevölkerung kann man diesem Mann, dem Geheimrat Rapp, nicht verlagern. (Bravo! rechts.) Sein Name wird nicht nur mit der Geschichte der Versicherung, sondern auch mit der Deutschlands verbunden sein und bleiben. (Beifalles Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Doormann (Fortchr. Wpl.): Um der Gerechtigkeit willen muß ich ausgeben, daß die Privatversicherungsanstalten in ihrem Kampf nicht immer in den angemessenen Grenzen geblieben sind. (Beif. links! rechts.) Wir sind nicht Gegner der öffentlichen Versicherungsanstalten, wir fordern nur, daß sie sich dieselben Mittel bedienen, wie die Privatversicherungen.

Abg. Dr. Jund (Natl.): Die Waffen beider Arten Versicherung sollten auch und gleich sein. (Geister!) Das Aufsichtsrat muß eine strenge Kontrolle nach allen Richtungen hin ausüben. Auch die Volksversicherung ist kein unantastbares Recht, sondern eine geschäftliche Institution. Das Reichsamt des Innern mag dafür sorgen, daß beide feindlichen Brüder neben einander in gleicher und schlagender, das liegt im Interesse der Befämpfung der Sozialdemokratie.

Staatssekretär Dr. Delbrück: Bei dem dieser Debatte zu Grunde liegenden Konfliktkampf zweier Arten von Versicherungen sind leider Ausweitungen vorgekommen. Die öffentlich-rechtlichen Versicherungen unterstehen dem preussischen Ministerium des Innern, die Volksversicherung dem Reichsamt des Innern. Die Vorstellung, daß diese beiden Arten die eine oder andere Partei begünstigt werden ist, ist falsch. Das Reichsamt des Innern ist in enger Fühlung mit einander geblieben. Wir waren uns darin einig, daß eine energische Propagierung der Volksversicherung eine überaus wichtige Aufgabe sei und gefördert werden müsse. Wir waren uns einig, daß bestimmte Gegenden die Volksversicherung die geeignete Versicherungsform sei, in anderen die andere Form. Auf Wunsch der großen christlichen Arbeiterorganisationen habe ich die Beteiligung der Reichsregierung in der Verwaltung gefordert. Auch waren wir uns einig, daß es nicht erminlich ist, wenn beide Unternehmungen sich bekämpfen lie sollten vielmehr in gemeinschaftlicher Front schlagen. Eine Einigung rechtzeitig herbeizuführen, ist mir leider nicht gelungen. Wenn sich der Kampf des Kampfes bezogen hat, wird sich diese Vereinbarung hoffentlich erreichen lassen. Wir sind uns einig darüber geworden, daß jeder Teil dafür zu sorgen hat, daß sich der Kampf künftig in angemessenen Formen abspielt. Nun hat man geglaubt, diese Vorkommnisse zum Anlaß für eine Änderung unserer gegenseitigen Bestimmungen über die Verwaltung der Versicherungsunternehmungen nehmen zu müssen und zwar in dem Sinne, daß die öffentlichen Anstalten der Bundesstaaten, sowie die ihre Tätigkeit über den Bezirk eines Bundesstaates erstreckt, der Aufsicht des Reichsamtes unterstellt werden. Dem gegenüber muß ich meine Bedenken zum Ausdruck bringen. Durch ein Übergreifen der preussischen öffentlich-rechtlichen Versicherungen über die Grenzen des preussischen Staates tritt keine Rechtsverletzung ein. Außerdem sind zwischen einzelnen Bundesstaaten, zum Beispiel Preußen und Bayern, auch Abmachungen rechtlicher Natur über Zuständigkeiten bei Verweisen im geschloffen worden. Die Bestimmung, daß die öffentlich-rechtlichen Versicherungsanstalten sich dem ordentlichen Gerichtsstand nach alle Klagen aus Versicherungsverträgen, die öffentlich-rechtlichen Anstalten abgeschlossen haben, im ordentlichen Rechtsweg zum Austrag zu bringen sind. Ausweitungen in Konfliktkampfe seitens der einen oder anderen Partei würden nach den gleichen Grundsätzen und mit der gleichen Schärfe geahndet werden.

Abg. Rapp-Warburg (Welfe, Soz.): Die vorbereiteten Klagen der beiden Versicherungsarten beweisen, daß ein unangenehmer Kampf sich entpinnen hat. Um diesen zu beenden, ist es nötig, die beiden Resolutionen anzunehmen.

Abg. Hildebrand (Soz.): Diese ganze Debatte zeigt wieder, weshalb kleinerer preussisch-deutscher Geist in diesen Dingen besteht. Anstatt daß die Reichsregierung sich über die tatfräftige Selbsthilfe der Reichsvereinschaft freut, verurteilt sie diese zu tödren. Wir freuen uns, daß das Aufsichtsrat der sozialdemokratischen Volksfürsorge gegenüber den Reichsvereinschaften haben als erste erkannt, daß die Privatversicherungsanstalten nicht aus sozialen Motiven gehandelt haben, sondern lediglich aus Profitgier. Herr Dr. Rapp ist diesem Vorgehen gefolgt, hat sich dabei nur den nationalen Mantel umgehängt. Dagegen hat Dr. Rapp in seinem Jahresbericht zwei Vorstandsmitglieder unserer Versicherung mit dem schimpflichen Wortwurf bedacht, Unterlagungen begangen zu haben. Eine Genehmigung vor ihnen ihm nicht zu erlangen, das Gericht hat seine Verfolgung abgelehnt, um ich stelle fest, daß Dr. Rapp bei seiner solchen Anschuldigung vom preussischen Landwirtschaftsminister gestützt worden ist. (Vizepräsident Dove: Sie dürfen den Minister einen derartigen Wortwurf nicht machen, es handelt sich hier um einen rein formalen Akt.) Unsere Hoffnung, daß es noch Richter in Preußen gebe, die den guten Namen zu schützen wissen, hat sich nicht erfüllt. Die Grundlage der Volksfürsorge ist nicht anerschützt. Deshalb verdammt man sie und bezeichne sie als eine Gründung der sozialdemokratischen Partei. Damit beginnt der unläuterer Kampf. Wichtige in der deutschen Volksversicherung sind aber aufmerksam festgelegt. Wir haben uns gegen die gemeinsame Front zu verteidigen, und fordern in diesem Kampfe die gleiche Waffen auch für uns.

Abg. Schwarz-Schweinfurt (Str.): Es ist von den Führern der Sozialdemokratie anerkannt worden, daß die Volksfürsorge augunsten der freien Gewerkschaften und somit indirekt augunsten der Sozialdemokratie begründet worden ist. (Geister!) Das ist nicht milderlos moordort.

Abg. Götting (Natl.): Die öffentlich-rechtlichen Versicherungen können den Privatversicherungen nicht gleichgestellt werden und deshalb auch der Aufsicht des Reichsamtes nicht unterstellt werden. Das wäre auch löbend für diese großen nationalen Unternehmungen, wie aus dem Wiederhall bei der sozialdemokratischen Partei erleben, werden

